

Landkreis Saalekreis

Der Landrat



Carl-von-Basedow-Klinikum
Saalekreis gGmbH
Geschäftsführung

Eing.-Da: 31. MRZ. 2026

Eing.-Nr.: K26/03/338
weitergeleitet an:

Landkreis Saalekreis Domplatz 9 – 06217 Merseburg

Antragsteller:

Carl-von-Basedow-Klinikum Saalekreis
gGmbH
vertr. d. Herrn Lutz Heimann
Weiße Mauer 52
06217 Merseburg

Untere Bauaufsichtsbehörde
Amt für Bauordnung und Denkmalschutz
SG Bauaufsicht
Domplatz 9, Schloss

Bearbeiter: Frau Silensky
Zimmer: S 117
Telefon: 03461 401436
E-Mail: bauaufsicht@saalekreis.de

Kopie
1.4.26
W.

Aktenzeichen:
2025-04083

eingegangen am:
18.12.2025

Datum:
26.03.2026

Vorhaben:

**Teil 1: Pandemieresilienter Umbau „CVBKQ“ und Teil 2: Brandschutz
Gesamtkrankenhaus Carl-von-Basedow-Klinikum Querfurt**

Grundstück:

Querfurt, Vor dem Nebraer Tor 11

Gemarkung:	Flur:	Flurstück:
Querfurt	18	374

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag vom 18.12.2025 wird Ihnen die

Baugenehmigung (einschl. Kostenbescheid)

**zum Teil 1: Pandemieresilienter Umbau „CVBKQ“ und Teil 2: Brandschutz
Gesamtkrankenhaus Carl-von-Basedow-Klinikum Querfurt auf dem o. g.
Grundstück**

gemäß § 71 der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt (BauO LSA) in der Fassung der
Bekanntmachung vom 10. September 2013 erteilt.

Die Baugenehmigung ist kostenpflichtig. Die Kosten des Verfahrens in Höhe von
6.122,90 Euro trägt der Antragsteller. Die genaue Zusammenstellung der Kosten
entnehmen Sie bitte der beigefügten Kostenberechnung.

Das Vorhaben ist nach § 30 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der derzeit gültigen
Fassung im Einvernehmen mit der Stadt Querfurt vom 04.02.2026 nach § 36 BauGB
zulässig.

**Hausanschrift und
Bürgerinformation Merseburg**
Anschrift Domplatz 9
06217 Merseburg
Telefon 03461 40-0
Fax 03461 40-1155
E-Mail info@saalekreis.de

Bürgerinformation Halle
Anschrift Hansering 19, 06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 204-3201 oder -3202
Bürgerinformation Querfurt
Anschrift Kirchplan 1, 06268 Querfurt
Telefon 034771 73797-0

Bankverbindungen
Saalesparkasse
IBAN DE36 8005 3762 3310 0057 62
BIC NOLADE21HAL
Deutsche Kreditbank AG
IBAN DE91 1203 0000 0000 8116 46
BIC BVA1ADFM1001



Öffnungszeiten
und weitere
Informationen
finden Sie auf
www.saalekreis.de.

Die Prüfung der Bauvorlagen erfolgte im Baugenehmigungsverfahren gemäß § 63 BauO LSA i. V. m. § 2 Abs. 4 Ziff. 10 (Gebäudeklasse 5) sowie § 65 Abs. 3 BauO LSA.

Das Vorhaben befindet sich im rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 7 Sondergebiet "Krankenhaus und Gemeinbedarfsflächen; Freisportanlage und Mehrzweckhalle" i.S.d. § 30 Abs. 1 BauGB der Stadt Querfurt. Nach § 30 Abs. 1 BauGB ist ein Vorhaben zulässig, wenn es den Festsetzungen des Bebauungsplanes nicht widerspricht und die Erschließung gesichert ist.

Geplant ist der Umbau von Teilbereichen (Stationen mit Patientenzimmern) innerhalb eines bestehenden Gebäudekomplexes. Die antragsgegenständlichen Gebäudeteile weisen Grundflächen von ca. 1.120 m² bzw. 1.310 m² auf. Mit dem Vorhaben sollen Patientenzimmer pandemieresilient umgebaut und eine Pandemieschleuse errichtet werden.

Die nachstehend enthaltenen Auflagen sowie die grünen Eintragungen sind Bestandteile dieser Genehmigung.

Die Hinweise sind bei der Ausführung zu beachten.

I. Auflagen

1. Mit der Prüfung des Standsicherheitsnachweises dieses Bauvorhabens § 65 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 BauO LSA ist in Anwendung des § 2 Abs. 1 der Verordnung über Prüfsachverständige (PPVO) vom 25. November 2014 (GVBl. LSA Nr. 22/2014 vom 28.11.2014) der Prüfsachverständige für Standsicherheit, Dipl.-Ing. Stephanie Schaper – Prüfsachverständige für Standsicherheit beauftragt worden.

Vorbemerkung zur statischen Berechnung:

Nachweise der Feuerwiderstandsdauer der neuen tragenden Bauteile liegen als Bestandteil der statischen Berechnung vor. Nachweise zur Pandemieschleuse liegen noch nicht vor.

Die unter Ziffer 3 aufgeführten Unterlagen wurden hinsichtlich der Standsicherheit und der Feuerwiderstandsdauer der tragenden Bauteile geprüft, nicht aber auf sonstige bauordnungs-rechtliche und bautechnische Anforderungen.

Die Prüfung erfolgte im Wesentlichen durch unabhängige Vergleichsrechnungen und Plausibilitätskontrollen. Insofern wurden nur die Ausgangswerte und die für die Beurteilung der Tragfähigkeit erforderlichen Endergebnisse kontrolliert.

Folgende Auflagen gehen daraus hervor:

- 1.1 Sämtliche Grüneintragungen in die geprüften Unterlagen sind bei der weiteren Bearbeitung zu beachten.
- 1.2 Die in der Statik getroffenen Annahmen zu den vorhandenen Bauteilen werden als richtig vorausgesetzt. Bei Abweichungen sind geänderte Nachweise zur Prüfung vorzulegen.
- 1.3 Der Umbau erfolgt bei laufendem Krankenhausbetrieb. Die Umbaumaßnahmen im Bestand sind durch den Tragwerksplaner zu überwachen. Die Standsicherheit der erforderlichen Abstützkonstruktionen für den Einbau der neuen Stahlrahmen und deren Gründung ist durch den bauausführenden Unternehmer in Abstimmung mit dem Tragwerksplaner zu gewährleisten.
- 1.4 Mikropfähle: Es sind statische Probelastungen gemäß DIN EN 1997-1 in Verbindung mit DIN 1054 (zu Abschnitt 7.6.2.2) durchzuführen.
Die Überwachung der Herstellung der Mikropfähle muss gemäß DIN EN 14199, Abschnitt 9.1 und 9.2, in Verbindung mit DIN SPEC 18539 erfolgen.

- 1.5 Beim Einbau der neuen Gründung sind die Aushubgrenzen nach DIN 4123 zu beachten.
- 1.6 Folgende Nachweise/Unterlagen sind noch zur Prüfung vorzulegen:
 - a. Ausführungsplanung/Werkstattzeichnungen Stahlkonstruktionen
 - b. Ausführungsplanung Stahlbetonfundamente und Mikropfähle
 - c. Statische Nachweise und Ausführungspläne Pandemieschleuse
- 1.7 Folgende Nachweise/Unterlagen sind zur Einsicht vorzulegen:
 - a. Protokoll der Probelastungen der Mikropfähle
 - b. Nach Abschluss der Ausführung der Mikropfähle: Übereinstimmungserklärung der Ausführung gemäß Ziffer 3.3.4 der abZ/aBG Z-34.14-209
- 1.8 Mit der Bauausführung darf in statisch-konstruktiver Hinsicht erst nach Vorlage und Prüfung der zugehörigen Nachweise und Ausführungszeichnungen nach Ziffer 11.4 dieses Prüfberichtes begonnen werden.
- 1.9 Eine stichprobenartige ingenieurtechnische Kontrolle auf Übereinstimmung der Ausführung mit den geprüften Unterlagen durch die Prüfsachverständige ist erforderlich. Zur Durchführung ist die Prüfsachverständige durch die Bauleitung rechtzeitig zu informieren. Die stichprobenartige Bauüberwachung durch die Prüfsachverständige ersetzt nicht die erforderliche, vom Bauherrn zu beauftragende Objektüberwachung im Sinne der HOAI und die Überwachungspflicht des Bauleiters nach §55 BauO LSA.
- 1.10 Für Bauteile und Baustoffe mit bauordnungsrechtlichen Anforderungen an die Tragfähigkeit, den Feuerwiderstand und das Brandverhalten sind Verwendbarkeitsnachweise und Übereinstimmungsbestätigungen erforderlich (CE-Zeichen einschl. Leistungserklärung für Bauprodukte nach Bauproduktenverordnung, Verwendbarkeitsnachweise und Übereinstimmungserklärungen für Bauprodukte ohne CE-Kennzeichnung sowie Bauarten nach BauO LSA). Im Rahmen der bautechnischen Prüfung werden nur die bauordnungsrechtlich definierten wesentlichen Produktmerkmale stichprobenartig überprüft, die zur Erfüllung der Grundanforderungen an die Standsicherheit erforderlich sind.
2. Diese Überwachung ersetzt nicht die Objektüberwachung (Bauüberwachung) der Lph 8 HOAI des Entwurfsverfassers sowie die als besondere Leistung zu vereinbarende und gesondert zu beauftragende Bauüberwachung durch den Tragwerksplaner.
3. Mit der Prüfung des Brandschutznachweises dieses Bauvorhabens § 65 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 BauO LSA ist in Anwendung des § 2 Abs. 1 der Verordnung über Prüfsachverständige und Prüfsachverständige (PPVO) vom 25. November 2014 (GVBl. LSA Nr. 22/2014 vom 28.11.2014) Dipl.-Ing. (FH) Jens Benndorf – Prüfsachverständiger für Brandschutz beauftragt worden.
 - 3.1 Die den Brandschutz betreffenden geplanten Maßnahmen, die aus den geprüften Bauvorlagen einschließlich des Brandschutznachweises ersichtlich sind, werden grundsätzlich bestätigt. Der Brandschutznachweis ist voll inhaltlich umzusetzen.
 - 3.2 Die in den Planungsunterlagen und im Brandschutznachweis beschriebenen Maßnahmen sind darüber hinaus im Zusammenhang mit den nachstehenden Prüfbemerkungen als Mindestanforderungen bindend zu beachten und in der weiteren Planung und Bauausführung umzusetzen.
 - 3.3 Im Gefahrenfall muss der betroffene Bereich mit eigenem Personal innerhalb von ca. 10 Minuten (Hilfsfrist der Feuerwehr) evakuiert werden können.

- 3.4 Die Anlagen und Einrichtungen für die Rauch- und Wärmeableitung sind entsprechend dem Brandschutzkonzept unter Punkt 10.8 auszuführen. Die Lage der Auslösestellen der Rauch- und Wärmeabzugsanlagen sind mit der Brandschutzdienststelle / Werkfeuerwehr abzustimmen. Die Auslösegruppen der Rauch- und Wärmeabzugsanlagen sind an den Handauslösestellen zu kennzeichnen. Die Zuluftöffnungen sind deutlich zu kennzeichnen.
[Stellungnahme der Brandschutzdienststelle]
- 3.5 Der Feuerwehrplan ist im Einvernehmen mit der zuständigen Brandschutzdienststelle fortzuschreiben.
- 3.6 Durch einen anerkannten Prüfsachverständigen für technische Anlagen und Einrichtungen müssen auf ihre Wirksamkeit und Betriebssicherheit einschließlich des bestimmungsgemäßen Zusammenwirkens von Anlagen und Einrichtungen (Wirk-Prinzip-Prüfung) geprüft werden (soweit vorhanden):
- Lüftungsanlagen zur Verhütung erheblicher Gefahren,
 - Rauchabzugsanlagen mit Ausnahme solcher die nur manuell, oder zusätzlich durch Schmelzlot ausgelöst werden,
 - Feuerlöschanlagen, ausgenommen nichtselbständige Feuerlöschanlagen mit trockenen Steigleitungen ohne Druckerhöhungsanlagen,
 - automatische Brandmeldeanlagen und automatische Alarmierungsanlagen und
 - Sicherheitsstromversorgungen und zugehörige Anlagen und Einrichtungen des Brandschutzes, z.B. für Sicherheitsbeleuchtungen und Feuerwehraufzüge; Anlagen der Allgemeinstromversorgung, soweit sie in unmittelbarem Zusammenhang mit der Sicherheitsstromversorgung stehen.
- 3.7 Durch einen Sachkundigen müssen auf ihre Wirksamkeit und Betriebssicherheit geprüft werden (soweit vorhanden):
- Blitzschutzanlagen,
 - wirkende Anlagen zur Rauchableitung, die nur manuell, oder zusätzlich durch Schmelzlot ausgelöst werden,
 - Feststellanlagen von selbsttätig schließenden Feuer- und Rauchschutztüren,
 - elektrische Verriegelungen von Türen in Rettungswegen und
 - automatische Schiebetüren in Rettungswegen.
- 3.8 Auf die TAnIVO wird verwiesen.
- 3.9 Die geplante Nutzungsaufnahme nach Durchführung der antragsgegenständlichen Maßnahme ist zwecks der Durchführung einer abschließenden Bauüberwachung mindestens 6 Wochen vorher dem Prüfenieur schriftlich mitzuteilen.

II. Auflagenvorbehalt

Die nachträgliche Aufnahme von Auflagen im Sinne § 71 Abs. 3 BauO LSA bleibt vorbehalten, sofern sie sich aus dem Ergebnis der bauaufsichtlichen Prüfung der Werkplanung ergeben.

III. Hinweise

1. Dem Amt für Bauordnung und Denkmalschutz, Landkreis Saalekreis, sind noch folgende Bauzustände anzuzeigen:
Beginn der Bauarbeiten gemäß § 71 Abs. 8 BauO LAS mindestens eine Woche,
Aufnahme der Nutzung gemäß § 81 Abs. 2 BauO LSA mindestens 2 Wochen vorher.
2. Spätestens mit der Baubeginnanzeige haben Sie entsprechend § 52 Abs.1 BauO LSA den verantwortlichen Bauleiter mit vollem Namen, Beruf und Anschrift zu benennen.

Ein Wechsel des Bauleiters während der Bauausführung ist der Unteren Bauaufsichtsbehörde unverzüglich schriftlich mitzuteilen

3. Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt unter dem AZ: LAV54-419-H25560-8847/25 registriert unter Beachtung der DIN 13049 Rettungswachen-Bemessungs- und Planungsgrundlage.

4. Hinweise vom Prüfenieur für Brandschutz:

- 4.1 Gemäß § 53 Abs. 1 Satz 3 BauO LSA hat der Entwurfsverfasser dafür zu sorgen, dass die für die Ausführung notwendigen Einzelzeichnungen, Einzelberechnungen und Anweisungen den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechen.
- 4.2 Wird die Ausführungsplanung durch Dritte angefertigt, handelt es sich um Fachplanung. Die Verantwortung des Entwurfsverfassers bleibt unberührt. Der Entwurfsverfasser hat sich davon zu überzeugen, dass die Ausführungsplanung mit den genehmigten Bauvorlagen übereinstimmt.
- 4.3 Leitungen dürfen durch Bauteile, an die Feuerwiderstandsanforderungen hinsichtlich des Raumabschlusses gestellt werden, nur hindurchgeführt werden, wenn eine Übertragung von Feuer und Rauch nicht zu befürchten ist oder Vorkehrungen hiergegen getroffen sind [§ 39 Abs. 1 BauO LSA]. Die Leitungsanlagenrichtlinie, als maßgebende technische Baubestimmung, ist zu beachten.
- 4.4 Lüftungsleitungen dürfen raumabschließende Bauteile, für die eine Feuerwiderstandsfähigkeit vorgeschrieben ist, nur überbrücken, wenn eine Brandausbreitung ausreichend lang nicht zu befürchten ist oder wenn Vorkehrungen hiergegen getroffen sind. [§ 40 Abs. 2 BauO LSA]. Die Lüftungsanlagenrichtlinie, als maßgebende technische Baubestimmung, ist zu beachten.

SN vorbeugender Brandschutz:

5. Die Notwendigkeit einer Löschwasserrückhaltung ist mit der unteren Umweltschutzbehörde abzuklären. Die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdeten Stoffen (AwSV) in Verbindung mit dem Wasserhaushaltsgesetz sind stets zu beachten.
6. Anlagen, Einrichtungen und Geräte für die Brandbekämpfung, wie Wandhydranten, Schlauchanschlussleitungen, Feuerlöschanlagen und -geräte sowie sonstige Brandschutzeinrichtungen sind entsprechend dem Brandschutzkonzept unter Punkt 10.6 auszuführen.
7. Anlagen und Einrichtungen für die Rauch- und Wärmeableitung bei Bränden sind entsprechend dem Brandschutzkonzept unter Punkt 10.8 auszuführen.
8. Die Lage der Auslösestellen der Rauch- und Wärmeabzugsanlagen sind mit der Brandschutzdienststelle / Werkfeuerwehr abzustimmen. Die Auslösegruppen der Rauch- und Wärmeabzugsanlagen sind an den Handauslösestellen zu kennzeichnen. Die Zuluftöffnungen sind deutlich zu kennzeichnen.
9. Anlagen und Einrichtungen für die Brandmeldung und -alarmierung sind entsprechend dem Brandschutzkonzept unter Punkt 10.1 auszuführen.
10. betriebliche Maßnahmen zur Brandverhütung und Brandbekämpfung sowie zur Rettung von Menschen und Tieren, wie betriebliche Feuerwehren, Brandschutzanordnungen, Feuerwehrpläne, Hinweisschilder für die Feuerwehr sowie Brandschutz- und Rettungszeichen sind entsprechend dem Brandschutzkonzept unter den Punkten 10.4, 10.5 und 11.1 bis 11.7 auszuführen.

Untere Immissionsschutzbehörde:

Im B-Plan sind für Lärm die Immissionsrichtwerte für Krankenhäuser festgelegt.

11. Bei den Bauarbeiten dürfen nur Geräte und Maschinen zum Einsatz kommen, die den Anforderungen des § 3 der Geräte – und Maschinenverordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (32. BImSchV) entsprechen. Die Betriebsregelungen für die Geräte und Maschinen gemäß § 7 I der 32. BImSchV sind einzuhalten.
12. Sollte bei den Baumaßnahmen Holz anfallen, so handelt es sich bei diesem Holz um Altholz gemäß § 2 der Altholzverordnung (AltholzV). Die Abgabe der Verwendung dieses Altholzes zur Verbrennung in Kleinf Feuerungsanlagen ist nicht zulässig, da Altholz gemäß § 3 I i. V. m. § 5 III und IV der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen (1. BImSchV) kein zugelassener Brennstoff für Kleinf Feuerungsanlagen ist. Dieses Holz ist einer zugelassenen Anlage zur fachgerechten Entsorgung zuzuführen.
13. Sollte beim Abbruch asbesthaltiges Material anfallen, so ist dieses zur Verhinderung von Asbestemissionen entsprechend dem „Merkblatt Entsorgung asbesthaltiger Abfälle“ vom 20.02.2001 in Verbindung mit der Mitteilung der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) 23 zu behandeln und zu entsorgen.

Untere Abfall- und Bodenschutzbehörde:

14. Die bei der Realisierung der Maßnahme anfallenden Abfälle (z.B. Bauschutt, Altholz, Schrott, Baustellenabfälle) sind am Anfallort getrennt zu erfassen und nicht zu vermischen und einer ordnungsgemäßen Abfallentsorgung im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zuzuführen.
15. Die Nachweise über die Art und Menge der gesamten bei der Realisierung der Maßnahme angefallenen Abfälle und deren Verbleib (Belege, Lieferscheine, Begleitscheine, Analyseergebnisse u. Ä.) sind durch den Antragsteller zu führen, mindestens 3 Jahre aufzubewahren und auf Verlangen der zuständigen Behörde vorzulegen.
16. Gemäß der Verordnung über die Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (GewAbfV) sind die bei Baumaßnahmen anfallenden in Rede stehenden Abfälle nach Abfallarten getrennt zu erfassen und ordnungsgemäß zu entsorgen. Diesbezüglich zu beachten sind die erweiterten Trennerfordernisse der verschiedenen Abfallarten sowie die Dokumentationspflichten der Getrennthaltung. Vor der ersten Abholung der Abfälle müssen entsprechende Nachweise und Bestätigungen im Sinne der GewAbfV vorliegen. Der Abfallerzeuger bleibt bis zur endgültigen Entsorgung in der Verantwortung.
17. Entsprechende Unterlagen und Dokumentationen sind mindestens 3 Jahre aufzubewahren und der Behörde auf Verlangen vorzulegen.
18. Anfallendes Bau- und Abbruchholz ist gefährlicher Abfall und der Abfallschlüsselnummer 17 02 04* zuzuordnen, nach der Altholzverordnung zu deklarieren und einer nach Bundes-Immissionsschutzgesetz für diesen Abfall zugelassenen Behandlungsanlage zuzuführen.
19. Erzeuger, Besitzer und Beförderer gefährlicher Abfälle haben für die Entsorgung gefährlicher Abfälle Nachweisbelege (Entsorgungsnachweise, Begleitscheine) in **elektronischer Form** im Rahmen des elektronischen Nachweisverfahrens (elektronische Nachweisführung-eANV) zu führen.
20. Das Sammeln, Befördern, Handeln und Makeln von gefährlichem Abfall darf nur

durch ein Unternehmen erfolgen, das über eine gültige Erlaubnis nach § 54 KrWG bzw. als Entsorgungsfachbetrieb für diese Tätigkeit und für die betroffenen Abfallschlüssel nach der Abfallverzeichnisverordnung (AVV) über eine gültige Zertifizierung verfügt und diese bei der zuständigen Behörde nach § 53 KrWG angezeigt hat.

SN - Öffentlicher Gesundheitsdienst im Land Sachsen-Anhalt:

21. Hinsichtlich der baulichen Ausgestaltung bzw. Ausstattung der neuen Sanitärbereiche in direkter Zuordnung zu den einzelnen Patientenzimmern sind die Empfehlungen der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention (KRINKO) zur baulich-funktionellen Hygiene zu beachten.
22. Dies gilt auch für die geplante Pandemieschleuse und ggf. auch für neu entstehende Arbeits- bzw. Lagerräume.
23. Bei der Neuverlegung von Trinkwasserleitungen sowie bei der technischen Installation bzw. Erweiterung des Warmwassersystems sind die allgemein anerkannten Regeln der Technik zu beachten.
24. Nach Abschluss der Installationsarbeiten und vor Nutzungsbeginn ist durch eine mikrobiologische Untersuchung der Nachweis zu erbringen, dass das anstehende Trink/Warmwasser qualitativ einwandfrei ist und nicht durch die neu installierten trinkwasserführenden Teile negativ beeinflusst wird.
25. Für Sonderbauten gemäß § 2 Absatz 4 Nr. 10 BauO LSA liegt im Land Sachsen-Anhalt die Richtlinie über bauaufsichtliche Anforderungen an Krankenhäuser des Landes Sachsen-Anhalt (SchulbauR LSA) vor.
Folgenden Abweichungen von den Anforderungen der Bauordnung für Sachsen-Anhalt bzw. aufgrund der BauO LSA erlassener Vorschriften wird unter Beachtung des Prüfberichtes seitens des Prüfenieurs als Erleichterung zugestimmt:
 - Abweichung gem. § 29 (6) BauO LSA [16] müssen Gebäudeteile, die über Eck zusammenstoßen, durch eine Brandwand getrennt werden, so muss der Abstand dieser Wand von der inneren Ecke mind. 5,00 m betragen.
 - Abweichung gem. § 28 (4) BauO LSA [16] müssen Öffnungen in Trennwänden feuerhemmende, dicht- und selbstschließende Abschlüsse haben.
 - Abs. 6.4.1 MLÜAR, Verzicht der Ausbildung einer Lüftungszentrale im Bauteil A.
Mit der Umbaumaßnahme bleibt die Nutzung des Raumes und die Versorgungsweite der dort eingerichteten und betriebenen Anlagen gleich. Unter Berücksichtigung der flächendeckenden, automatischen Brandmeldeanlage im Bauteil A kann auf die Ausbildung einer Lüftungszentrale und seiner Anforderungen verzichtet werden. Mit der Umbaumaßnahme bleibt die Nutzung des Raumes und die Versorgungsweite der dort eingerichteten und betriebenen Anlagen gleich. Unter Berücksichtigung der flächendeckenden, automatischen Brandmeldeanlage im Bauteil A kann auf die Ausbildung einer Lüftungszentrale und seiner Anforderungen verzichtet werden. Gleichwohl muss dem offenen Verbund mit den drei Installationsschächten (S6 – 8) – ebenso im baulichen und genehmigten Bestand – Rechnung getragen werden. Die M-LÜAR für neu errichtete Anlagen ist neben dieser Abweichung anzuwenden. Brandlasten in der Technikzentrale sind zu reduzieren.
26. Gemäß § 83 Abs. 1 BauO LSA **handelt derjenige ordnungswidrig**, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 81 BauO die **vorgeschriebenen oder verlangten Anzeigen nicht erstattet** oder genannte Nachweise oder Bescheinigungen nicht einreicht. Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu 500.000 € geahndet werden.

27. Die als Anlage beigefügten „Allgemeine Hinweise zur Baugenehmigung“ sind Bestandteil dieser Baugenehmigung. Sie sind bei der Bauausführung zu beachten

IV. Vorgelegte Unterlagen

1. Antrag auf Baugenehmigung vom 18.12.2025
2. Baubeschreibung (Formular)
3. Baubeschreibung (Textform)
4. Betriebsbeschreibung gewerbliche Anlagen
5. Nachweis der Architekten-Faftpflichtversicherung
6. Nachweis der Bauvorlageberechtigung Architektenkammer Sachsen
7. Berechnungen für die 4 umzubauenden Stationen und die Pandemieschleuse für Teil 1
8. Flächenberechnung nach DIN 277
9. Kostenberechnung nach DIN 276
10. Bautechnische Nachweise
 - Brandschutzkonzept vom 01.12.2025
 - Schallschutznachweis - wird nachgereicht
 - Standsicherheitsnachweis vom 23.02.2026
 - GEG-Nachweis-wird nachgereicht
11. Bauzeichnungen
 - 251201-of-CVBKQ-001-Lageplan, M 1:500
 - 251201-of-CVBKQ-002-Katasterplan, M 1:2000
12. Übersichtsgrundrisse
 - 251201-of-CVBKQ-190ü-Übersichtsgrundriss EBENE -3, M 1:200
 - 251201-of-CVBKQ-100ü-Übersichtsgrundriss EBENE -2, M 1:200
 - 251201-of-CVBKQ-110ü-Übersichtsgrundriss EBENE -1, M 1:200
 - 251201-of-CVBKQ-120ü-Übersichtsgrundriss EBENE 0, M 1:200
 - 251201-of-CVBKQ-130ü-Übersichtsgrundriss EBENE +1, M 1:200
 - 251201-of-CVBKQ-140ü-Übersichtsgrundriss EBENE +2, M 1:200
 - 251201-of-CVBKQ-150ü-Übersichtsgrundriss EBENE +3, M 1:200
13. Umbaugrundrisse
 - 251201-of-CVBKQ-190a-Haus A EBENE -3; M 1:100
 - 251201-of-CVBKQ-100a-Haus A EBENE -2; M 1:100
 - 251201-of-CVBKQ-110a-Haus A EBENE -1; M 1:100
 - 251201-of-CVBKQ-110b-Haus B EBENE -1; M 1:100
 - 251201-of-CVBKQ-120b-Haus B EBENE 0; M 1:100
 - 251201-of-CVBKQ-130b-Haus B EBENE +1; M 1:100

Kostenbescheid

Nach der Baugebührenverordnung des Landes Sachsen-Anhalt (BauGVO) vom 04. Mai 2006 in der zurzeit gültigen Fassung in Verbindung mit dem Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA) vom 27.06.1991 (GVBl. LSA S. 154), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2004 (GVBl. LSA S. 866, 868), der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO LSA) vom 10. Oktober 2012 (GVBl. LSA S. 336) in der jeweils gültigen Fassung sind hierfür folgende Kosten zu entrichten.

Betrag in EUR: 6.122,90
Fälligkeit: 24.04.2026
Haushaltsstelle: 52111 431101 - 2025-04083 (bei Zahlung unbedingt angeben)
Kassenzeichen: 26.0483-52111.BG

Ich bitte Sie, die Gebühr bis zur angegebenen Fälligkeit unter Angabe der v.g. Haushaltsstelle auf das Konto der **Saalesparkasse**

IBAN: DE36 8005 3762 3310 0057 62
BIC: NOLADE21HAL



zu überweisen.

Bei Zahlung ist die Angabe der Haushaltsstelle und des Verwendungszweckes unbedingt erforderlich. Sollten Sie den Fälligkeitstermin nicht einhalten, bin ich leider gezwungen, die Beitreibung des Betrages im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens kostenpflichtig zu veranlassen. Außerdem müssen bei verspäteter Zahlung Säumniszuschläge erhoben werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid sowie gegen diesen Kostenbescheid kann innerhalb eines Monats Widerspruch beim Landkreis Saalekreis, Domplatz 9, 06217 Merseburg erhoben werden.

Im Auftrag



Zutz
Amtsleiterin



Anlagen: Kostenberechnung
Formulare
Bauantragsunterlagen
(Prüfberichte zur Kenntnis!)

Kostenberechnung für die bauaufsichtliche Prüfung

Rechtsgrundlagen:

Baugebührenverordnung des Landes Sachsen-Anhalt (BauGVO) vom 04.05.2006 (GVBl. LSA 2006, 315) in der zurzeit geltenden Fassung,

Allgemeine Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO LSA) vom 10.10.2012 (GVBl. LSA 2012, 336) in der zurzeit geltenden Fassung,

Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA vom 27. Juni 1991 (GVBl. LSA 1991, 154) in der derzeit geltenden Fassung)

- 1.1 Baugenehmigung (§ 71 BauO LSA) i. V. m. §§ 62 Satz 1 und 63 Satz 1 BauO LSA, ausgenommen die Baugenehmigung nach Tarifstellen 1.2 bis 1.7 für je angefangene 500 Euro des anrechenbaren Bauwertes wie folgt:*
- anrechenbarer Bauwert: 612.000,- € (von 611.789,32 € aufgerundet auf volle 1.000,- €)

6.120,00 €

5,- € je angefangene 500,- € des anrechenbaren Bauwertes
 $1224 \times 5,- € = 6.120,- €$

*Berechnung anrechenbarer Bauwert

(früher § 62 Abs. 4 bis 6)

nach § 6 Abs. 2 BauGVO i.V.m. §50 Abs. 4 HOAI

KG300	KG400	KG300 *0,55	KG400*0,10	Summe
865.309 €	1.358.691 €	475.920 €	135.869 €	611.789 €

Zustellungsgebühr
Maxibrief bis 1.000 g

2,90 €

Gesamtsumme

6.122,90 €

gez. Silensky
Sachbearbeiterin